



Sechste Sitzung des Beirates bei der Koordinierungsstelle für digitale Dienste in der Bundesnetzagentur

Oktober 2025

Bericht des Digital Services Coordinator

Der Tätigkeitsbericht 2024 nach § 17 DDG, Art. 55 DSA wurde am 11.08.2025 dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat übersendet und anschließend auf der Internetseite des DSC veröffentlicht (<https://www.dsc.bund.de/DSC/DE/Aktuelles/start.html>).

Verbraucherschutz | User-Beschwerden

Der DSC verzeichnet weiterhin regelmäßig eingehende Beschwerden. Inhaltlich betreffen die Beschwerden überwiegend die nicht ausreichende Begründung bei Beschränkungen von Accounts, Inhalten oder Diensten durch die Diensteanbieter und die Benutzerfreundlichkeit der Meldewege bei illegalen Inhalten sowie die nicht ausreichende Begründung von Entscheidungen über die Entfernung bzw. Nicht-Entfernung von Inhalten. Die meisten dieser Beschwerden betreffen Diensteanbieter mit Sitz außerhalb Deutschlands und sind im Wesentlichen den sehr großen Online-Plattformen (VLOPs) zuzuordnen.

Systemische Risiken

Die Kommission hat in zwei weiteren Verfahren gegen sehr große Online-Plattformen vorläufige Feststellungen („preliminary findings“) bekannt gegeben. Beide Verfahren betreffen chinesische Online-Marktplätze, AliExpress und Temu. Zu AliExpress stellte die Kommission vorläufig fest, dass das Unternehmen seinen Pflichten für eine umfassende Risikobewertung und -minimierung im Zusammenhang mit der Verbreitung illegaler Produkte verletzt habe ([Pressemitteilung vom 18.06.2025](#)). Darüber hinaus hat die Kommission Verpflichtungszusagen („commitments“) von AliExpress für verbindlich erklärt. AliExpress hat sich u.a. zu Verbesserungen an den Risikoanalyse-Systemen, internen Meldewegen, zu mehr Transparenz der Werbe- und Empfehlungssysteme und Verbesserungen beim Datenzugang für die Forschung verpflichtet. Des Weiteren stellte die Kommission vorläufig fest, dass Temu seinen Pflichten für eine umfassende Risikobewertung hinsichtlich der Verbreitung illegaler Produkte nicht nachgekommen sei ([Pressemitteilung vom 28.07.2025](#)). Vorläufige Feststellungen stellen noch keine abschließenden Entscheidungen der Kommission dar, beide Unternehmen haben nun noch die Möglichkeit der Stellungnahme.

Nationale Koordinierung

Der DSC hat zuletzt die EU-Kommission bei Ihrem Anliegen unterstützt, nationale Behörden zu identifizieren, die Entfernungs- und Auskunftsanordnungen in Deutschland gemäß Art. 9 und 10 DSA an den DSC weiterleiten.

Weiterhin verstärkt der DSC den Austausch insbesondere mit den anderen zuständigen Behörden (den Landesmedienanstalten, der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz sowie der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit) durch feste regelmäßige Gesprächstermine.

Die Gesprächsreihe „@DSC“ als Austausch verschiedener nationaler Behörden, Verbände, Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen, Institutionen mit dem DSC wurde eingerichtet und erstmalig Mitte Juli durchgeführt. Derzeit bestehen die beiden Ausprägungen „Social Media @DSC“ sowie „Online-Marktplätze @DSC“ Die Austauschgespräche sind regelmäßig und derzeit alle zwei Monate geplant. Der zweite Termin für „Online-Marktplätze @DSC“ findet am 29.09. als Online-Konferenz statt.

Zertifizierung außergerichtlicher Streitbeilegungsstellen

Zur Zertifizierung als außergerichtliche Streitbeilegungsstellen sind bislang insgesamt sechs Zulassungsanträge eingegangen, drei davon werden aktuell geprüft. Die bereits am 12.08.2024 erfolgte Zertifizierung der User Rights GmbH wurde mit Bescheid vom 25.06.2025 um weitere Tätigkeitsbereiche ergänzt. Je ein Antrag wurde zurückgenommen bzw. abgelehnt.

Zulassung von Trusted Flaggern

Von insgesamt 27 Eingängen auf Zertifizierung als Trusted Flagger werden aktuell noch zwei Anträge geprüft. 4 Organisationen konnten als Trusted Flagger zertifiziert werden. 21 Anträge wurden durch den DSC abgelehnt, von den Antragstellenden zurückgezogen oder konnten z.B. aufgrund fehlender Kontaktdaten nicht weiterbearbeitet werden.

Nationale Aufsicht

Insbesondere anhand eingehender User-Beschwerden über das Beschwerdeportal werden mögliche Verstöße gegen Bestimmungen des DSA identifiziert. Diensteanbieter werden zwecks Sachverhaltsaufklärung kontaktiert. Nach Auswertung der Rückmeldung wird über die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen entschieden. Bislang hat der DSC 25 Verwaltungsverfahren eingeleitet und Auskunftersuchen an 19 Diensteanbieter wegen möglicher DSA-Verstöße versandt. Darunter sind elf Anbieter mit Sitz außerhalb der EU, die in der EU zunächst keinen gesetzlichen Vertreter benannt hatten. Weitere Schwerpunkte der Verfahren sind die mangelhafte Umsetzung der Vorgaben aus Art. 11, 12, 16, 17 und 20 DSA. Sechs Verfahren konnten abgeschlossen werden, nachdem die Anbieter die Verstöße gegen den DSA abgestellt haben.

Darüber hinaus werden im Rahmen einer Onboarding-Kampagne seit Juli 2024 sukzessive Online-Plattformen in der Zuständigkeit des DSC angeschrieben, die sich noch nicht entsprechend Art. 24 Abs. 5 DSA für die Statements of Reasons-Datenbank der Kommission registriert haben. Gegen die Plattformen, die sich weder registriert noch auf andere Weise zurückgemeldet haben, ist geplant, Ordnungswidrigkeitenverfahren zu eröffnen und ggf. Bußgelder zu verhängen.

Europäische Koordinierung

Eine reguläre Sitzung des European Board for Digital Services (EBDS) findet am 23.09.2025 statt. Ein Schwerpunktthema ist das Zusammenwirken des DSA mit der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung. Auch Jugendschutz bleibt ein Schwerpunktthema, zu dem es zuvor eine außerordentliche Board-Sitzung am 02.07.2025 gegeben hatte. Diese Sitzung befasste sich mit den Leitlinien zu Artikel 28 DSA (Online-Schutz Minderjähriger). Die Leitlinien wurden kurz danach von der Kommission veröffentlicht. Zuvor war in einer regulären Board-Sitzung am 27.06.2025 ein weiterer Diskussionspunkt das Thema Finanzbetrügereien („financial scam“). Eine Arbeitsgruppe des EBDS wurde mit diesem Thema betraut. Das Board hat nach seinen Treffen knappe zusammenfassende Pressestatements u.a. zum Thema „financial scams“ veröffentlicht (siehe <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/press-statement-european-board-digital-services-following-its-14th-meeting> und <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/ad-hoc-meeting-european-board-digital-services-1>). Für dieses Jahr ist ein weiteres Treffen des EBDS im November geplant.

Datenzugang für die Forschung

Der Delegierte Rechtsakt gem. Art. 40 Abs. 13 DSA, mit dem der Zugang zu Daten der Online-Plattformen für Forschende konkret ausgestaltet wird, tritt voraussichtlich am 23.10.2025 in Kraft. Zusammen damit wurde ein Cooperation Framework beschlossen, welches Einzelheiten der Verfahrensgestaltung festlegt. Ab dem 23.10.2025 können Anträge auf Zulassung zum Datenzugang über ein sog. Data Access Portal gestellt werden.

Um das erforderliche Benehmen mit den Datenschutzbehörden herstellen zu können, stimmt der DSC aktuell entsprechende technische Schnittstellen mit diesen ab. Am 13.10.2025 findet eine Online-Informationsveranstaltung des DSC gemeinsam mit dem österreichischen DSC zur Praxis des Datenzugangs für Forschende statt.

Forschungsvorhaben und Studien

Eine Ausschreibung für ein Forschungsvorhaben zu Akteuren nach der neuen TTPW-Verordnung wurden vom DSC veröffentlicht. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist wurden sechs Angebote abgegeben. Nach Auswertung der Angebote wurde der Auftrag am 25.07.2025 an die Goldmedia GmbH vergeben. Eine Studie zu den Auswirkungen des DSA auf kleine und mittlere Unternehmen ist aktuell noch im Vergabeverfahren.